



AZ L-15.431-01.01/802

ANTRAG Nr. 31/18

nach § 17 GeschO

Betr.: **Finanzielle Unterstützung der Traumazentren PBV Stuttgart und refugio stuttgart e.V. – Verlängerung**

Eingebracht in die Sitzung der 15. Landessynode am

A. Beschluss vom

 Verweisung an

B. Beschluss vom

 Annahme: einstimmig mit Mehrheit bei Jastimmen, Neinstimmen, Enthaltungen AblehnungC. Antrag zurückgezogen
am

Die Landessynode möge beschließen:

Der Oberkirchenrat wird gebeten, die für die beiden Traumazentren PBV Stuttgart und refugio stuttgart e.V. im Maßnahmenpaket II bis 2018 bewilligten Mittel für zwei weitere Jahre bis 2020 mit Mitteln in Höhe von insgesamt 400 000 € aufzustocken.

Begründung:

In den Maßnahmenpaketen I-III wurden Flüchtlingshilfen bis 2020 bewilligt. Die Mittel zur Verstärkung der beiden Traumazentren PBV Stuttgart und refugio stuttgart e.V. sind demgegenüber auf 3 Jahre bis 2018 befristet.

Die PVB Stuttgart konnte mit Hilfe der zusätzlichen Mittel seit 2016 zwei Teilzeitstellen für Psychologinnen zu jeweils 50 % für die zeitnahe klinische Behandlung schwerer – insbesondere akuter Fälle in Nord-Württemberg schaffen. 82 Patienten und Patientinnen konnten zusätzlich in Einzeltherapie bzw. in Gruppentherapie behandelt werden – erfahrungsgemäß profitieren durchschnittlich weitere 35-40 Familienmitglieder (Ehepartner und/oder Kinder) von den erfolgreichen Behandlungen. Die Wartezeiten konnten durch die zusätzlichen Stellen von 9 Monaten auf 5-6 Monate reduziert werden, trotz stetig steigender Neuanmeldungen und Überweisungen von Ärzten und Ärztinnen (2018: 504, 2017: 484). Die Anmeldungen aus Nigeria von Überlebenden der islamistischen Massaker sowie Opfer von Menschenhandel (Zwangsprostituierte) zwischen Afrika und Europa haben sich auf 38 bzw. 124 mehr als verdoppelt.

Die zusätzlichen Kapazitäten ermöglichten zudem eine verstärkte Netzwerkarbeit insbesondere bei der Fortbildung von Dolmetschern und Dolmetscherinnen und Multiplikatoren und Multiplikatorinnen, die Stärkung und Weiterentwicklung der Reha-Angebote aufgrund der hohen Nachfrage und die Fortbildung von Multiplikatoren und Multiplikatorinnen aus dem medizinischen Sektor und aus dem Bereich der Sozial- und Bildungsarbeit.

Die Refinanzierung der Therapien durch Leistungen nach AsylbLG wird schwieriger und ist sehr zeitintensiv, da die Finanzierung von Behandlungen nach dem AsylbLG grundsätzlich eine eingehende Antragsstellung zur Prüfung durch die zuständigen Gesundheitsämter verlangt. Die Gelder der Landessynode werden daher besonders in den Fällen eingesetzt, in denen aus medizinischen Gründen unverzüglich reagiert werden muss.

refugio stuttgart e.V. erhielt die Gelder der Landessynode verbunden mit dem Projektauftrag, ein psychotherapeutisches Angebot in Heilbronn für traumatisierte Flüchtlinge aufzubauen und anzubieten. Seit vielen Jahren besteht ein großer Bedarf an psychosozialen und psychotherapeutischen Angeboten für traumatisierte Flüchtlinge in der Stadt und im Landkreis Heilbronn.

Ziele waren:

- Aufbau eines Netzwerks für Vermittlung und fachlichen Austausch
- Aufbau eines Pools mit geschulten Dolmetschern und Dolmetscherinnen
- Schaffung eines psychosozialen und psychotherapeutischen Angebots vor Ort.

Im Diakonischen Werk Heilbronn konnten Therapieräume zur Nutzung durch refugio stuttgart e.V. gefunden werden. Bis September 2017 konnten 13 Klienten und Klientinnen unterstützt werden, bis Mai 2018 wurden 25 Erstgesprächsprozesse abgeschlossen, aktuell sind 7 Personen in therapeutischer Behandlung.

Anfang Mai 2017 startete refugio stuttgart e.V. zudem eine telefonische Sprechstunde in Heilbronn. Die Fachberatung soll helfen, durch gezielte Beratung und Vermittlung die Arbeit im Hilfesystem zu verbessern und zu entlasten. In der Fachberatung melden sich häufig auch Ehrenamtliche mit konkreten Fragen zur Versorgung und Begleitung von geflüchteten Menschen.

Wie bei den anderen Psychosozialen Zentren sind auch bei refugio stuttgart e.V. die Wartelisten in den vergangenen Jahren auf ein nicht mehr handhabbares Niveau angestiegen. Dass die Psychiatrische Institutsambulanz des Klinikums am Weissenhof seit Sommer 2017 einen Anmeldestopp hat, verdeutlicht die prekäre ambulante Versorgungslage für traumatisierte Flüchtlinge im Landkreis Heilbronn. Für traumatisierte Flüchtlinge geht es deshalb aktuell nicht um die Dauer der Wartezeit, sondern um die Frage, ob sie überhaupt Unterstützung erhalten.

Auch wenn die Zahl der neuankommenden Flüchtlinge zurückgeht, bleibt der Bedarf an psychosozialer Beratung und psychotherapeutischer Versorgung andauernd hoch. Viele derjenigen, die 2015/2016 eingereist sind, haben bis heute noch keine angemessene psychologische Versorgung erhalten. Auch zeigt sich der Bedarf an psychotherapeutischer Unterstützung oftmals erst zeitversetzt. Denn psychische Probleme treten oft dann merklich auf, wenn sich die ersten Unsicherheiten nach der Ankunft in Deutschland gelegt haben. Dies kann einige Monate nach der Einreise sein oder auch nach einigen Jahren, wenn sich die Lebensumstände stabilisiert haben.

Dies bestätigt auch die Leopoldina, eine der ältesten Wissenschaftsakademien der Welt. Diese hat eine aktuelle Stellungnahme herausgegeben: "Traumatisierte Flüchtlinge – schnelle Hilfe ist jetzt nötig". Hierin führt die Leopoldina aus:

Die vielen Flüchtlinge mit schweren psychischen Belastungen benötigen dringend Hilfe – sofortiges Handeln ist erforderlich. Andernfalls können sich gravierende negative Konsequenzen ergeben: für die Betroffenen selbst, für deren nachfolgende Generationen und für die Gesellschaft.

Flüchtlinge, die psychisch leiden, sind oft nicht in der Lage, ihren Alltag zu bewältigen, vertrauensvolle soziale Beziehungen einzugehen oder eine neue Sprache zu erlernen – dies sind aber zentrale Voraussetzungen für die Integration in die Gesellschaft, eine erfolgreiche Berufsausübung und ein zufriedenstellendes Leben. Massive traumatische Belastungen und daraus resultierende psychische Beeinträchtigungen können zu dissozialem Verhalten führen – und damit die aufnehmende Gesellschaft in ihrem sozialen Zusammenhalt betreffen. Dies wiederum kann dann auf Seiten der aufneh-

menden Gesellschaft zu Ablehnung oder Diskriminierung führen. Bleiben psychische Beeinträchtigungen der Flüchtlinge unerkannt und unbehandelt, können sich mittel- und langfristig empfindliche Veränderungen des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft entwickeln (Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, Februar 2018: Traumatisierte Flüchtlinge – schnelle Hilfe ist jetzt nötig, Halle (Saale).

Die bisher geleistete Arbeit der PBV Stuttgart und refugio stuttgart e.V. ist daher in gleichem Umfang auch nach 2018 weiter dringend erforderlich.

Stuttgart, 24. Juni 2018

- | | | |
|---|---|---|
| 1. Marina Walz-Hildenbrand
Prof. Dr. Martin Plümicke
Angelika Herrmann
Werner Pichorner
Christiane Mörk
Kristina Reichle
Dr. Heidi Buch
Ruth Bauer | 2. Elke Dangelmaier-Vinçon
Anita Gröh
Martin Allmendinger
Gabriele Reiher
Horst Haar
Rainer Hinderer MdL
Robby Höschele | 3. Sabine Foth
Kerstin Vogel-Hinrichs
Jutta Henrich
Dr. Karl Hardecker
Dr. Carola Hoffmann-Richter
Markus Mörike
Martin Wurster |
|---|---|---|